

# Von der Freiheit in die Gängelung

Die Europäische Kommission entwickelt derzeit einen neuen Ansatz, der staatliche Sozialpolitik und marktwirtschaftliches Preissetzungsverhalten miteinander vermengt. Ein Schritt in die falsche Richtung?

**MÄRCHEN BEGINNEN MEIST MIT »ES WAR EINMAL«,** und am Ende gehen sie immer gut aus. Auch in Europa beginnt eine Geschichte mit »Es war einmal«, nur leider droht sie alles andere als gut auszugehen: Es war einmal eine Europäische Gemeinschaft, die wollte die Freiheit des Einzelnen schützen und stärken.

Daher trat sie für einen möglichst freien Binnenmarkt ein – einen Raum, in dem Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital ganz einfach und ohne Behinderung von einem in den anderen Mitgliedstaat wechseln können. Nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Davon verabschiedet sie sich derzeit mit großen Schritten. Offenkundig wurde dies erstmals in der europäischen »Charta der Rechte der Energieverbraucher« vom Juli 2007: In ihr fordert die Europäische Kommission den Schutz und die Stärkung der Verbraucherinteressen »auf höchstmöglichem Niveau«. Zu den »Rechten der Energieverbraucher« gehöre, dass sozial schwache Bürger Strom und Gas zu niedrigen Preisen, erforderlichenfalls gratis erhalten können. Die Mitgliedstaaten sollten, so die Kommission, »auf dem Markt eingreifen, um sozialverträgliche Preise (...) zu schaffen.«

## Das Verbraucherbarometer

Diesen Ansatz, der staatliche Sozialpolitik und marktwirtschaftliches Preissetzungsverhalten miteinander vermengt, entwickelt die Kommission derzeit weiter zu einem übergreifenden Konzept für die europäische Binnenmarktpolitik: Im Januar 2008 stellte sie, unauffällig in einer Mitteilung und daher nahezu unbeachtet, ein »Verbraucherbarometer« vor.

Die Brisanz dessen, was dieses »Verbraucherbarometer« bezweckt, wurde zunächst völlig verkannt. Von dem bisherigen Konzept des Binnenmarktes, das keine bestimmten Marktergebnisse vorgibt, sondern allein die Freiheit des Personen- und Wirtschaftsverkehrs sicherstellen will, wendet die EU sich ab und verfolgt

stattdessen einen – so die Kommission – »neuen Ansatz«, nämlich einen »ergebnisorientierten Ansatz«: Ausgehend von einem maximierenden Verbraucherschutz sollen dem Binnenmarkt bestimmte Marktergebnisse vorgegeben werden. Wenn diese Marktergebnisse sich nicht von selbst einstellen, liefert der »ergebnisorientierte Ansatz« die Rechtfertigung für umfassende Eingriffe in den Wirtschaftsprozess.

## Sozial um jeden Preis?

Was steht in dieser Mitteilung, mit der das »Verbraucherbarometer« vorgestellt wird? Die Kommission sorgt sich um die »Handlungskompetenz der Verbraucher« und darum, dass Verbraucher »desorientiert sind, irregeleitet werden.« Sie hinterfragt die »Fähigkeit der Verbraucher, effektive Entscheidungen zu treffen«, und ihre »Fähigkeit, die verfügbaren Wahlmöglichkeiten zu verstehen.«

Angesichts solcher Befunde will die Kommission aktiv werden. Sie stellt fest: »Bessere Ergebnisse für die Verbraucher sind letztendlich das Ziel aller den Binnenmarkt betreffenden Maßnahmen.«

Sie behauptet: »Die Bürger erwarten von der Binnenmarktpolitik Ergebnisse, die in sozialer Hinsicht akzeptabel sind.« Insbesondere herrsche Einigkeit darüber, dass »ein erschwinglicher Zugang« zu bestimmten »wesentlichen gewerblichen Diensten, die für die wirtschaftliche und soziale Integration unabdingbar sind«, überall in der EU »sichergestellt« werden sollte. Und sie glaubt, dass die Bürger dafür auch »bisweilen eine geringere Wirtschaftlichkeit in Kauf nehmen.«

Dies ist ein logischer Dreisatz, der besagt: Sozial akzeptable Ergebnisse, insbesondere ebensolche Preise, haben das Ziel aller Binnenmarktpolitik zu sein, auch wenn dies auf Kosten der Wirtschaftlichkeit geht.

Mit ihrem »neuen«, »ergebnisorientierten Ansatz« will die Kommission zukünftig die Märkte ermitteln,

Durch die neuen Pläne der Europäischen Kommission drohen umfassende staatliche Markteingriffe.

die den so definierten Verbraucherinteressen nicht gerecht werden, und diese Märkte »eingehend« untersuchen, um die Gründe für die »Marktstörungen« zu ermitteln. Dies soll in eine »bereits konzipierte« »allgemeine Marktüberwachung« münden. »Indikatoren« sollen aufzeigen, wo es »den Märkten nicht gelingt, die für die Verbraucher bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen« und wo »wesentliche Aufgaben im sozialen Bereich nicht erfüllt werden.«

Wo immer die Kommission dies konstatiert, ist mit hoheitlichen Eingriffen in den Wirtschaftsprozess zu rechnen: Sie hält eine »effektive Wettbewerbspolitik und gelegentliche regulierende Eingriffe auf der Angebotsseite« für »nicht ausreichend«, um »leistungsstarke Märkte zu garantieren.« Was aus ihrer Sicht »leistungsstarke Märkte« ausmacht, wurde bereits gesagt.

## Staatliche Markteingriffe drohen

Was ist von all dem zu halten? Dem »neuen Ansatz« liegt ein völlig verfehltes Verständnis von der Funktionsweise von Märkten zugrunde. Man kann Märkte und damit auch den Binnenmarkt nicht daran messen, ob sie sozialen und anderen Verbraucherbedürfnissen gerecht werden. Es ist mit der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht vereinbar, bestimmte Marktergebnisse vorzugeben.

Märkte sind Orte des Tausches, auf denen Menschen ihren eigenen, individuellen Zielen nachgehen; sie sind gerade keine Einrichtungen, die politisch vorgegebene – kollektive – Ziele zu verwirklichen hätten. Sie können daher nicht in den Dienst sozialpolitischer Ziele gestellt werden. Im Umkehrschluss gilt: Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit werden politisch definierte Ziele allenfalls von den Marktakteuren einer Marktseite – der Nachfrage- oder der Angebotsseite – angestrebt, nicht jedoch von beiden, so dass die Erreichung solcher Ziele von vornherein ausgeschlossen ist.

## »Wohlstandsvernichtungsprogramm«

Da die Kommission offenbar in diesem Fall intervenieren will, wird der »neue Ansatz« zu massiven und umfassenden staatlichen Markteingriffen führen. Diese werden zur Folge haben, dass die Anpassungsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaft an die sich fortwährend ändernden Knappheitsbedingungen beschädigt wird. Durch politischen Druck künstlich herabgesetzte Preise etwa führen zu einer Verknappung der Güterversorgung.

Letztlich wird die Kommission daher mit ihrem »neuen Ansatz« das Gegenteil von dem erreichen, was sie anstrebt: Das »Verbraucherbarometer« mit all seinen Konsequenzen ist ein Wohlstandsvernichtungsprogramm. Die überwunden geglaubte Planwirtschaft lässt grüßen.

Lüder Gerken



Lüder Gerken ist seit 1999 Vorstandsvorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und seit 2006 Direktor des Centrums für Europäische Politik. Zudem ist er Vorstand der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung. Zuvor war er u.a. Direktor des Walter Eucken Instituts, Freiburg und Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.